

Präsidentin des Nationalrates
Doris Bures
Parlament
1017 Wien

Wien, am 13. Dezember 2016

Geschäftszahl:
BMFJ-430305/0007-BMFJ - I/5/2016

Sehr geehrte Frau Präsidentin,

in Beantwortung der schriftlichen parlamentarischen Anfrage Nr. 10580/J betreffend die Internetsucht bei Jugendlichen, welche die Abgeordnete Petra Steger und weitere Abgeordnete an mich richteten, stelle ich als Bundesministerin für Familien und Jugend fest:

Antwort zu den Fragen 1) und 2):

Grundsätzliche wissenschaftliche Erkenntnisse haben gezeigt, dass der Personenkreis derer, welche tatsächlich an Internetsucht leiden, gering ist. Daher wird in der Regel von problematischem Verhalten gesprochen, welches Indikator für tiefsitzendere Probleme sein kann (schlechte Noten, familiäre Probleme, negatives Selbstbild, Verlusterfahrungen, ...). In diesem breiten Sinne setzt eine Vielzahl von Aktivitäten des BMFJ an. Die Palette reicht von einer allgemeinen Förderung von Jugendarbeit bis zur Elternbildung. Darüber hinaus und spezifisch auf das angesprochene Problemfeld abzielend stellt die Stärkung der Medienkompetenz junger Menschen einen wichtigen Faktor hinsichtlich der Resilienz der Heranwachsenden dar.

Die Medien-Jugend-Info des BMFJ führt dazu regelmäßig Workshops für Multiplikator/innen, Pädagog/innen, Jugendgruppen und Schulklassen zu Themen wie „Sexualität und digitale Medien“, „Bildung, Beruf, Bewerbung und Digitale Medien“, sowie „Körper, Schönheit, Selbstbild und digitale Medien“ sowohl in der hauseigenen Schulungsräumlichkeit, als auch vor Ort bei Jugendeinrichtungen und Schulen durch.

Das BMFJ trägt darüber hinaus auch die nationale Co-Finanzierung der Initiative Saferinternet.at. Saferinternet.at fungiert als österreichweite Vernetzungsstelle zwischen Wissenschaft, Verwaltungen des Bundes und der Länder, der internetspezifischen Wirtschaft (u.a. ISPA -Internet Service Provider Austria; Facebook; A1), speziellen Einrichtungen der Zivilgesellschaft (u.a. Stopline.at; ZARA - Zivilcourage und Anti-Rassismus-Arbeit; Institut für Medienbildung Salzburg), außerschulischen Jugendeinrichtungen und Schulen. Saferinternet.at bietet darüber hinaus diverse Workshop-, Beratungs- und Informationsangebote für Eltern, Jugendliche und Pädagog/innen beziehungsweise kann es durch das Netzwerk an spezielle Einrichtungen verweisen.

Mit der Initiative Digi4Family (www.digi4family.at) fokussiert das BMFJ in dieser Thematik auf Familien und Elternbildung, etwa durch innovative digitale Angebote wie „Webinare“.

Die „BuPP“ (Bundesstelle für die Positivprädikatisierung von Computer- und Konsolenspielen) ist eine weitere Serviceeinrichtung des BMFJ. Die BuPP bietet umfangreiche Informationen im Bereich der digitalen Spiele für Eltern, Pädagog/innen und Jugendliche. Neben der Informationen auf der Website www.bupp.at (mit Empfehlungen von besonders pädagogisch wertvollen Spielen und Infos zu den aktuell gängigsten Bestsellern am Markt) werden von der BuPP Workshops angeboten, Publikationen herausgegeben und bei Messen und Veranstaltungen persönlich informiert.

Im Rahmen des von allen Parteien im Nationalrat getragenen Entschließungsantrags „Generation Internet“, der die Chancen und Möglichkeiten des Internets für Jugendliche behandelt, werden momentan die Initiativen und Projekte des BMFJ und wichtiger Stakeholder zusammengetragen und ein Fahrplan für die Weiterentwicklung und nächste Schritte erstellt.

Ein weiteres derzeit aktuelles Thema ist „Hate Speech“. Neben der Unterstützung der Initiative „Gegen Hass im Netz“ ist das BMFJ auch bei der Umsetzung der Europaratskampagne „No Hate Speech“ aktiv. So wurde im Juni 2016 ein eigenes Nationales Komitee „No Hate Speech“ gegründet, dem die meisten Bundesministerien sowie in der Thematik aktive Initiativen und Vereine angehören. Die jeweils aktuelle Liste ist unter http://www.bmfj.gv.at/jugend/lebensqualitaet-miteinander/nohatespeech/komitee_nohatespeech.html abrufbar. Aufgabe des Komitees ist derzeit die Vernetzung aller in diesem Feld aktiven Organisationen sowie der Austausch und

die gegenseitige Unterstützung bei Aktionen und Kampagnen. Darüber hinaus werden für 2017 weitere Aktivitäten entwickelt.

Mit der finanziellen Unterstützung des Projekts „make-IT-safe 2.0“ des Vereins ECPAT fördert das BMFJ den Peer-Ansatz, dh. die Vermittlung von Wissen über Gefahren und Möglichkeiten des Internets durch Gleichaltrige. Der Schwerpunkt liegt dabei auf der Auseinandersetzung mit „Hate Speech“, Cybermobbing etc.

Weiters unterstützt das BMFJ die Kampagne der Bundesjugendvertretung #meinnetz ideell wie finanziell. Die Kampagne #meinnetz beschäftigt sich u.a. auch mit „(No) Hate Speech“ und bindet junge Menschen aktiv ein.

Im Rahmen einer Sommeraktion konnte ich junge Menschen auszeichnen, die sich in Facebook gegen „Hate Speech“ bekannt haben. Was sich in der Diskussion mit ihnen zeigte ist, dass es mehr Informationen für (junge) Menschen braucht, wie sie mit „Hate Speech“ umgehen sollen – sei es als direkt Betroffene oder jemand, der/die Betroffene unterstützen möchte. In einem ersten Schritt ist das Komitee „No Hate Speech“ derzeit dabei, entsprechende Webangebote zu sichten, Vorschläge für die Erweiterung des Informationsangebots zu erarbeiten bzw. direkt mit den Mitgliedern des Komitees umzusetzen.

Antwort zu der Frage 3):

Präventionsarbeit ist selten direkt messbar, da nicht angegeben werden kann, wie viele Jugendliche von problematischem Verhalten durch die Informations- und Beratungsangebote abgehalten wurden.

Wichtig ist die Vernetzung von bestehenden Stakeholdern und der Jugendarbeit um ein breitflächiges Angebot von Unterstützungsmaßnahmen zu schaffen. Die obig genannten Maßnahmen zeigen, dass dies in weiten Teilen umgesetzt werden konnte.

Ein Beispiel sind die Zahlen aus der Präsentation „10 Jahre saferinternet.at“

(https://www.saferinternet.at/fileadmin/files/10_Jahre_SI/Folder_10_Jahre_Saferinternet.at_WEB.pdf). Diese erreichte über 148.000 Teilnehmer/innen in 5.600 Workshops und Vorträgen. Monatlich werden online über 340.000 Nutzer/innen mit entsprechenden Informationen erreicht.

Antwort zu den Fragen 4) und 5):

Ja, es gibt sogar mehrere. Unter anderem:

- ARGE Medienjugendschutz der Landesjugendreferate und des BMFJ: Diese berät über gemeinsame Maßnahmen und insbesondere auch über eine Neuformulierung der entsprechenden Bestimmungen der Jugendschutzgesetze
- Interministerielle Arbeitsgruppe (unter Beteiligung von Sozialpartnern, Interessensverbänden etc.) zur Erarbeitung von Vorschlägen zur geplanten neuen Audiovisual Media Services Directive der Europäischen Kommission.

Mit besten Grüßen

Dr. KARMAŠIN

